

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

116/22

POLITIKVERSAGEN?

Südafrika 2022

LANDREFORM

Ebenhaeser: Mühen der Ebene

WISSENSCHAFT

Vernetzung in Lusaka

GEDENKKULTUR

John Chilembwe in London gewürdigt



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-. Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

18. Juli 2023
Internationaler
Nelson Mandela-Tag

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

	3	Wo steht die Regenbogengesellschaft?
		Neeshan Balton über Südafrika zwischen „state capture“ und politischem Neuanfang
Zum Tod von Albert Nolan	4	
	12	Afrika und Klimagerechtigkeit
		Interview mit der Umweltaktivistin Pato Kelesitse
	14	Die Ebenhaeser-Story (II)
		David Mayson über die Tücken der Landreform
		
Lokalradio in Sinazongwe	18	
99. Krims-Kolumne	19	
	20	Stadt-Land-Transformation
		Von einem interdisziplinären Workshop in Lusaka berichtet Kirsten Rütter
John Chilembwe und sein Denkmal	24	

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Neeshan Balton, Bernhard Bouzek, Andy Kapamu, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Simon Loidl, David Mayson, Malusi Mpumlwana, Bright Mudonga, Alfred Paleczny, Kirsten Rütter, Walter Sauer. **Fotos:** Maria Kirchner (U3), Peter Kuthan, David Mayson (auch Cover), Jonas Metzger, Lameck Mwewa, Alfred Paleczny, Kirsten Rütter, SADOCC, VIDC, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. Dezember 2022. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.

Das Neue Südafrika: »Gescheitert« oder »scheiternd«?

Es herrsche eine Stimmung von Angst und Unruhe, schreibt Neeshan Balton, ein prominenter Vertreter der südafrikanischen Zivilgesellschaft. Weitverbreitet sei das Gefühl, in der Politik müsse sich etwas grundlegend ändern – nach fast dreißig Jahren demokratischer Mehrheits Herrschaft. Südafrika Ende 2022: eine ernüchternde, aber nicht hoffnungslose Bilanz.

Justice Malala, einer der führenden Journalisten des Landes, sagte in einem kürzlich erschienenen Artikel: „Die Wahrheit ist, daß wir das Steuer nicht in der Hand haben. Uns fehlt die Vision, die Entschlossenheit, der Plan, um Südafrika tatsächlich in Ordnung zu bringen. Wir sind ein Land, das davondriftet. Wir sind ein Land, das trotz der Freiheit, die wir genießen, die immensen Chancen nicht genutzt hat, um den Sprung in ein erfolgreiches, regelbasiertes, sicheres und wohlhabendes Land zu schaffen. Unsere Ruderlosigkeit erklärt, warum wir scheitern. Arbeitslosigkeit vergrößert sich von Tag zu Tag. Ungleichheit nimmt ständig zu. Gewalt gegen Frauen, Kinder und gesetzestreue Bürger ist schlimmer als je zuvor. Mord und Vergewaltigung nehmen zu. Die Infrastruktur des Landes kollabiert. Korruption – sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor – ist allgegenwärtig.“ Eine damit zusammenhängende Frage, die bei fast jedem Abendessen, jeder gesellschaftlichen Zusammenkunft und jeder Kaffeeausgabe im Büro zur Sprache kommt: „Sind wir ein ‚failed state‘? Gibt es Hoffnung? Sollten wir oder die Kinder das Land verlassen?“



Dauerkrise bei Elektrizität – Symbol für den Verfall des politischen Systems

Wo also steht Südafrika jetzt? Die besten Daten und Analysen, um diese Frage zu beantworten, stammen aus den *Indlulamithi*-Szenarien, die die aktuellen Schwierigkeiten veranschaulichen (<https://sas-scenarios2030.co.za>). Im Rahmen dieser Forschung wurden drei wichtige Triebkräfte der Entwicklung ermittelt: institutionelle Kapazität, soziale Ungleichheit sowie Widerstand, Unzufriedenheit und Ver-

söhnung. Daraus wurden drei Optionen abgeleitet: *Nayi le Walk* – eine Nation, die mit sich selbst im Reinen ist (auf dem Weg zur Erreichung der Ziele des Nationalen Entwicklungsplans 2030); *iSbhujwa* – eine bürgerliche Enklaven-Nation (mehr oder weniger die Ziele von 2018); und *Gwara Gwara* – ein Taumeln in eine trügerische Dämmerung aufgeschobener Träume.

Seit 2018 hat das Indlulamithi-Team verschiedene Indikatoren ermittelt, um die Richtung zu bewerten, in die sich das Land bewegt. Die besorgniserregende Schlußfolgerung ist, daß wir uns jetzt tief im Gwara Gwara-Bereich befinden. In diesem Szenario ist die Nation hin- und hergerissen zwischen Unbeweglichkeit und rastloser Energie, in einem Zustand der Unordnung und des Verfalls.

Ein Bericht des *South African Institute of Civil Engineers* (SAICE) über den Zustand verschiedener Infrastrukturbereiche in Südafrika hilft, das aktuelle Szenario zu verstehen:

Steuerlos im Strom der Zeiten?

- **Wasser:** Schäden durch zunehmende Diebstähle, Vandalismus

Gerechte Zukunft

Bevölkerungsgruppen machen 90 % der wahlberechtigten Bevölkerung aus. Sie sind die politische Mehrheit, deren Entfremdung am ehesten zu einer häßlichen Situation führen kann, wenn sie eine marginalisierte Mehrheit bleiben. Diese ausgegrenzten Gemeinschaften tragen die große Last der sozialen Übel der Armut – Wertlosigkeit des Lebens, Ausbeutung, Drogen, Gewaltkriminalität, schlechte Infrastruktur, nicht abgeschlossene Schulbildung, Hoffnungslosigkeit, soziale Wut und Gewalt. Die ausgegrenzte Mehrheit besteht aus Frauen, Jugendlichen – von denen ein erschreckender Prozentsatz von über 70 % ohne Lebensunterhalt oder Hoffnung ist –, Landbewohnern in den ehemaligen Bantustans, die aus der ländlichen Armut in das städtische Elend fliehen, den ausufernden städtischen Townships in allen Provinzen und den Landarbeitern in den verschlafenen Landstädten.

Im Geiste des *Kairos*-Dokuments, das Nolan zusammengestellt hat, forderte er die Kirche auf, sich für die Sache der Armen einzusetzen. *„Eine Option für die Armen zu ergreifen, bedeutet, sich auf die Seite der Armen gegen diejenigen zu stellen, die sie arm machen, oder, mit anderen Worten, sich auf die Seite einer gerechten Sache zu stellen. Strukturell ist die Sache der Armen richtig und gerecht.“*

Seine scharfe Analyse der Zeichen der Zeit heute hat Nolan fragen lassen, ob sich die Kirche heute in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Not der Unterdrückten von der Kirche der Apartheidzeit unterscheidet. Dies war keine sozialistische Utopie, sondern ein evangeliumsgetreuer Aufruf zur wahren Nachfolge des selbstlosen Jesus, der frei war von jenen egoistischen Tendenzen, die die Habgier unserer Zeit hervorbringen, in der sogar Kirchen zu Unternehmen zwecks Selbstbereicherung geworden sind. Albert sagte: *„Solange wir unser Ego nicht überwinden und unser Einssein als Menschen nicht entdecken, werden wir uns weiterhin vergleichen und konkurrieren, uns gegenseitig leiden lassen, kämpfen und töten. Unsere Spezies wird nur überleben, wenn wir anfangen zu erkennen, dass wir alle ein Fleisch und eine Familie sind.“*

Bischof Malusi Mpumlwana ist Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats. Albert Nolan referierte im September 1996 in Wien über „Das Neue Südafrika – eine Herausforderung für die Kirchen“.

Brandstiftung und Vandalismus sind weit verbreitet. Es gibt praktisch keinen Schienenpersonenverkehr mehr.

- **Elektrizität:** Die Stromversorgungsinfrastruktur ist stabil, aber die alten Anlagen werden nicht ausreichend gewartet und erneuert. Die Folgen davon sind offensichtlich – das Netz kann mit dem Verfall nicht Schritt halten (und die kommunale Verteilung wurde dabei gar nicht bewertet).
- **Gesundheitswesen:** Unzureichende Budgets haben zu schlechter Qualität geführt, aufgrund des Personalmangels sind die Gesundheitsdienste vom Zusammenbruch bedroht.
- **Bildung:** Die Schulen sind im Allgemeinen nicht gut instandgehalten; die Strom- und Wasserversorgung ist instabil, Migrationsverläufe überfordern die Infrastruktur.
- **Informations- und Kommunikationstechnik:** Die Infrastruktur wird von privaten Unternehmungen gebaut und verwaltet. Diese Netze sind in gutem Zustand, haben hohe Wartungsstandards und werden laufend mit Investitionen versorgt.

Mark Shaw und Julian Rademeyer von der *Global Initiative Against Transnational Organised Crime* beschreiben die Auswirkungen des organisierten Verbrechens in den letzten Jahren in Südafrika als *„eine blutige Geschichte. Unsere jährliche Mordrate liegt jetzt bei 40 Morden pro 100.000 Menschen. Das ist hö-*

Stromausfälle als Krisensymptom

daß sie instabil waren und sich leicht von der eigentlichen Regierungsarbeit ablenken ließen.

Es wächst die Überzeugung, daß die Demokratie gescheitert ist. Mehr als 30 % der Befragten gaben in jüngsten Studien an, daß sie bereit wären, auf Wahlen zu verzichten und in einer Diktatur zu leben, wenn dies zu weniger Kriminalität, Korruption und der Erbringung grundlegender Dienstleistungen führen würde. Die Wahlbeteiligung ist seit einiger Zeit rückläufig, wobei die niedrigste bei den nationalen Wahlen 2019 und den Kommunalwahlen 2021 verzeichnet wurde. In vielerlei Hinsicht haben die Menschen einfach aufgegeben, Wahlen irgendeinen Sinn beizumessen. Dieser tiefe Zynismus gegenüber der „Politik“ hat langfristig grundlegende Folgen für die südafrikanische Demokratie. Südafrika hat eine Vergangenheit, in der sich die Mehrheit der Menschen weigerte, einer Regierung Legitimität zu verleihen, wenn ihr Formen der Beteiligung angeboten wurden, die entweder ungleich oder nur symbolisch waren. Länder wie Somalia dienen als Beispiel dafür, was mit einem Land passiert, wenn die Demokratie versagt und die Menschen nicht an ihre Fähigkeit glauben, den Verfall aufzuhalten, und wenn ihre gelebte Erfahrung mit der Demokratie in völligem Gegensatz zu ihrem Versprechen eines besseren Lebens für alle steht. Für Millionen von Menschen ist seit 2008 die Realität, daß sie nicht täglich mit ununterbrochener Elektrizität versorgt wurden; daß sie mit einer unregelmäßigen Wasserversorgung leben müssen und keine Züge als öffentliches Verkehrsmittel benutzen können. Alle verantwortlichen Institutionen für diese öffentlichen Dienst-

leistungen wurden während der Ära von „state capture“ zerstört. Milliarden von Rands wurden geplündert, zahlreiche qualifizierte Mitarbeiter/innen entweder entlassen oder verjagt. Absprachen zwischen Unternehmen, Finanzinstituten und politischen Parteien haben das Land in die Knie gezwungen, und Versuche, sie zur Verantwortung zu ziehen, werden auf allen Ebenen bekämpft. Der „Aufruhr“ vom Juli 2021 (INDABA 111/21) geschah, um Druck auf die Regierung auszuüben, den ehemaligen Präsidenten Zuma aus dem Gefängnis zu entlassen. Mehr als 300 Menschen wurden getötet. Der Schaden für die Unternehmen in KwaZulu Natal und Gauteng, wo fünf Tage lang geplündert und zerstört wurde, wird auf über 500 Milliarden Rand geschätzt. Jacob Zuma bedankte sich kürzlich bei den Demonstranten, die auf diese Art die Forderungen nach seiner Freilassung unterstützten.

Zuma hat sich davor gedrückt, für seine Rolle bei „state capture“ und anderen Korruptionsvorwürfen, die bis ins Jahr 2005 zurückreichen, Rechenschaft ablegen zu müssen. Sein Verhalten ähnelt in vielerlei Hinsicht dem von Donald Trump. Falsche Geschichten zu erfinden, alle zu beschuldigen, etwas Falsches getan zu haben, sich selbst als Opfer globaler Mächte darzustellen, die einen zerstören wollen, um selbst das Land zu kontrollieren. Diese Ähnlichkeit erstreckt sich auch auf die Art und Weise, wie die beiden es vermieden, zur Rechenschaft gezogen zu werden, und wie sie die Flammen der Gewalt anfachten.

Viele behaupten, Südafrika sei trotz allem weit davon entfernt,

ein „failed state“ zu sein. Es würde zwar Elemente eines gescheiterten Staates aufweisen, sei aber besser als widerstandsfähiger, aber schwacher Staat zu bezeichnen.

Ein „gescheiterter Staat“ ist einer, der nicht in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, und der keine Hoffnung auf eine sofortige Verbesserung hat. Es handelt sich um einen Staat, in dem landesweites Chaos herrscht und paramilitärische Kräfte und Selbstjustizler Amok laufen. Richard Calland, außerordentlicher Professor an der Universität Kapstadt, vertritt die Auffassung, daß in Südafrika zwar der Staat an sich funktioniert, Teile der Regierung aber nicht. Die Zahl der dysfunktionalen Einheiten nehme zu und umfasse mittlerweile fast alle Kommunen des Landes. Calland zitiert einen Bericht von *Funds For Peace*, der Südafrika in seinem *Fragile State Index* auf Platz 89 von 179 Ländern einstuft. Hier ist meiner Ansicht nach zu betonen, daß Südafrika kein „failed state“ ist insofern, als es immer noch eine funktionierende und unabhängige Justiz gibt. Dieser Teil der Regierung stand zwar unter enormem Druck, hat sich aber parteipolitischen Interventionen nicht gebeugt. Dies wurde bewiesen, als der ehemalige Präsident zu 18 Monaten Haft verurteilt wurde, weil er sich den Anordnungen des Verfassungsgerichts widersetzt hatte. Der Oberste Gerichtshof und andere Instanzen waren ein Bollwerk gegen Versuche, die Demokratie und die Menschenrechte zu untergraben. Die Arbeit der Zondo-Untersuchungskommission über „state capture“ wäre in einem „failed state“ nicht möglich gewesen.

Ist die Demokratie gescheitert?

Auch unabhängige Institutionen nach Kapitel 9 der Verfassung wie die *Electoral Commission* und der *Auditor General* wären nicht in der Lage gewesen, die Arbeit zu leisten, die sie tun, um sicherzustellen, daß wir regelmäßig freie und faire Wahlen hatten und daß fast alle staatlichen Institutionen jährlich geprüft werden.

Das Gleiche gilt für die Medien, die religiösen Organisationen, die Zivilgesellschaft und den NGO-Sektor. Ohne ihre kollektiven und individuellen Bemühungen wäre die Kontrolle des Landes durch Kriminelle vollständig gewesen.

Im ganzen Land wächst heute die Einsicht, daß sich die Politik des Landes ändern muß. Dies beruht auf der Einsicht, daß Demokratie nicht nur den politischen Parteien überlassen werden kann, sondern daß Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft dafür sorgen müssen, daß das Verantwortungsbewußtsein verstärkt wird und wo immer möglich die besten Personen in öffentliche Ämter gewählt werden. Die Wiedergeburt einer aktiven Citizenship ist die Quelle der Hoffnung gegen das totale Staatsversagen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß der ANC bei den nächsten Wahlen nicht mehr als 50 % der Stimmen erhält, hat zu vielen neuen politischen Formationen und Agenden geführt. Die Möglichkeiten, die sich daraus für die Erneuerung und Stärkung der Demokratie in Südafrika ergeben, stehen derzeit im Mittelpunkt des Interesses von Organisationen im ganzen Land. Neue Formationen wie die *Defend*

Our Democracy Movement, *The Rivonia Circles*, *The Accountability Collectives*, *Equal Education*, *The Organisation Undoing Tax Abuse* und

große Koalitionen zu den Themen geschlechtsspezifische Gewalt, Umwelt, Grundeinkommen, Frauen auf dem Lande, Parteienfinanzierung und

viele andere haben die Möglichkeiten für eine nationale Front zur demokratischen Erneuerung geschaffen.

Eine nationale Kampagne zur Änderung des Wahlsystems ist im Gange, und ein solches wird wahrscheinlich 2029 Realität sein. Dies wird die Teilnahme unabhängiger Kandidaten an den Wahlen ermöglichen und möglicherweise auch zu einem gemischten Wahlsystem führen, bei dem sowohl Parteilisten als auch Personenmandate auf Wahlkreisebene möglich sein werden. In Verbindung mit der Abberufung von Mandataren und der Bewertung ihrer Performance kann lokale demokratische Partizipation wieder aufgebaut werden.

Die Umsetzung der Empfehlungen der Untersuchungskommission über „state capture“ sollte auf der Anti-Korruptions-Agenda des Landes stehen, und sie wird in den nächsten Jahren Mittelpunkt vieler zivilgesellschaftlicher Aktivitäten sein. Es gibt Forderungen nach der Einberufung eines nationalen Konvents, der eine neue sozioökonomische und politische Agenda für das Land aufstellen soll. Wenn diese Initiative erfolgreich ist, wird sie den Kurs des Landes entscheidend verändern und könnte zu einem anderen Szenario führen als dem, in dem wir uns derzeit befinden.

Alternativen zum politischen System suchen

Das Jahr 2024, unser 30. Jahr der Demokratie, wird ein wichtiger Test für unsere Verfassung und unsere demokratische Gesellschaft sein. Können wir einen friedlichen Machtwechsel auf nationaler Ebene herbeiführen? Können wir ein Gefühl der Sicherheit wiederherstellen? Können wir unsere Institutionen neu aufbauen? Können wir das internationale Ansehen des Landes wiederherstellen, das so mutwillig weggeworfen wurde? Und können wir den zutiefst zerstörten Traum von einem Südafrika ohne Rassenschranken zurückgewinnen?

Dies sind die Schlüsselfragen, die darüber entscheiden werden, ob Südafrika in einen „failed state“ abdriftet oder nicht.

Als Präsident Cyril Ramaphosa während der Untersuchung der *Human Rights Commission* über den Aufruhr vom Juli 2021 mit der Frage konfrontiert wurde, ob Südafrika ein solcher „gescheiterter Staat“ sei, schien er ein massives, unbewußtes Eingeständnis zu machen, als er sagte: „Wir sind noch kein ‚failed state‘...“. Doch als der Präsident die Tragweite seiner Antwort erkannte, relativierte er seine Aussage und fügte schnell das Versprechen hinzu: „... und wir werden auch nicht dorthin gelangen“.

Hoffen wir, daß er Recht hat.



Neeshan Balton ist
Executive Director der
renommierten Ahmed
Kathrada Foundation

in Lenasia (www.kathradafoundation.org).
Sein Beitrag wurde exklusiv für INDABA
verfaßt.

... spektrum ...

SWAPO-Kongreß designiert Nachfolgerin Geingobs. Nach einem wochenlangen innerparteilichen Machtkampf und dreitägiger kontroverser Debatte auf dem Parteitag der seit 1990 regierenden *South West African People's Organisation of Namibia* (SWAPO) machte schließlich die siebzigjährige Außenministerin Netumbo Nandi-Ndaitwah das Rennen: Mit 421 Stimmen lag sie bei der Wahl



Nandi-Ndaitwah: Zukünftige Präsidentin Namibias?

zur Position der Vizepräsidentin deutlich vor der amtierenden Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila (270) bzw. Umweltminister Pohamba Shifeta (91). Knapp 800 Delegierte nahmen im Windhoeker Safari-Hotel an der wichtigsten politischen Veranstaltung des Jahres teil. Traditionsgemäß ist mit der Funktion des SWAPO-Vizepräsidenten die Spitzenkandidatur bei den nächsten Parlamentswahlen verbunden. Erstmals könnte also mit Netumbo Nandi-Ndaitwah 2024 eine Frau ins Amt des Staatspräsidenten gewählt (und im März 2025 vereidigt) werden.

Nandi-Ndaitwah zählt zur „alten“ Garde der Partei, ihre Wahl ist somit nicht unbedingt ein Signal an die Jugend. Sie gilt als Favoritin des früheren

Präsidenten Pohamba; der derzeitige Amtsinhaber, Hage Geingob, soll die deutlich jüngere Premierministerin bevorzugt haben, deren Popularität als Anhängerin eines neoliberalen Wirtschaftskurses aber offensichtlich begrenzt ist. Nandi-Ndaitwah wurde 1952 in der Region Oshana geboren, trat mit 14 Jahren der SWAPO bei und wurde 1971 in Ondangwa verhaftet. Drei Jahre später ging sie ins Exil und machte nach einem Jahr Studium in Moskau Karriere im diplomatischen Dienst der SWAPO.

Der ersten demokratisch gewählten Regierung 1990 gehörte sie als stellvertretende Außenministerin an, später fungierte sie als Frauen- und Umweltministerin. Außenministerin ist sie seit 2012 und bekleidete später auch das Amt der stv. Premierministerin. Ebenso eine Kampfabstimmung fand um die Position der SWAPO-Generalsekretärin statt. Amtsinhaberin Sophia Shaningwa konnte die Position mit 440 Stimmen gegen 343 ihres Herausforderers Armas Amukwiyu (343) verteidigen.

Regierungswechsel in Lesotho. Am 7. Oktober fanden in Lesotho Parlamentswahlen mit aufsehenerregendem Ergebnis statt. Die erst im März dieses Jahres gegründete Partei *Revolution for Prosperity* (RFP) des Millionärs Sam Matekane erzielte auf Anhieb 56 Grundmandate in der Nationalversammlung des Landes und verfehlte die absolute Mehrheit nur um 6 Sitze. An zweiter Stelle landete der *Democratic Congress* mit insgesamt 29 Abgeordneten (bisher 30). Großer Wahlverlierer war die zuvor führende Regierungspartei *All Basotho Con-*

vention (ABC), die von 48 Mandaten auf 8 abstürzte. Die Wahlen waren die ersten seit 2017 (INDABA 94/17). Insgesamt wurden 515.000 Stimmen abgegeben, die Wahlbeteiligung scheint etwas höher gelegen zu sein als beim letzten Mal. RFP-Obmann Matekane kündigte am 11. Oktober die Bildung einer Koalitionsregierung zusammen mit zwei Kleinparteien an, der *Alliance of Democrats* und dem *Movement for Economic Change*; beide hatten schon der bisherigen Koalitionsregierung angehört. Premierminister Moeketsi Majoro überreichte wenige Tage später König Letsie III. sein Rücktrittsschreiben, wird aber im Amt bleiben, bis sich das neue Parlament konstituiert.

Ob die zumindest rechnerisch stabile zukünftige Regierung ein Ende der innenpolitischen Turbulenzen mit sich bringen wird, die Lesotho seit der Jahrtausendwende gezeichnet haben, bleibt abzuwarten. Die Stimmung in der Bevölkerung scheint einen politischen Wandel zu begünstigen. Skandale der letzten Jahre wie die Ermordung des Armeekommandanten (INDABA 95/17) sowie der geschiedenen Frau von Premierminister Tom Thabane – der letztlich 2020 zurücktreten mußte – scheinen zum spektakulären Flop der *All Basotho Convention* beigetragen zu haben. Ungewöhnlich war aber auch der Wahlkampf Sam Matekanes, der sich bei Auftritten mit seinem privaten Helikopter einfliegen ließ und damit auch entlegene Dörfer erreichen konnte, die von anderen Kandidaten nicht besucht wurden.

Matekane gilt in der Öffentlichkeit als Philanthrop und vermarktet sich als hart arbeitender Geschäftsmann. Er wurde 1958 in Mantšonyane, einem Dorf im Distrikt Thaba-Tseka, als siebentes einer Familie mit 14 Kindern geboren. Nach Abschluß der High School



Matekane (links) im Wahlkampf

in Maseru ging er in die Privatwirtschaft. 1986 gründete er laut Firmenwebsite (www.mgc.co.ls) die *Matekane Group of Companies*, eine Investmentholding, die über Tochterfirmen in Straßenbau, Immobilien, Luftfahrt und Bergbau verfügt. In letzterem Sektor besitzt MGC einen 30%igen Anteil an der Letšeng Diamond Mine im Disktrikt Mokhotlong, einem früheren De Beers-Bergwerk, das heute mehrheitlich dem Staat gehört. Zwei Jahre lang betrieb die MGC-Tochter *Maluti Sky* den Flugverkehr zwischen Johannesburg und Maseru, doch wurde diese Linie 2017 wieder eingestellt. Covidbedingt mußte auch das luxuriöse *Mpilo Boutique Hotel* in Maseru schließen.

ZISCO Steel vor Wiederbelebung? Zimbabwes größtes Stahlwerk soll modernisiert und wieder in Betrieb genommen werden. Mitte August übertrug die staatseigene *Zimbabwe Iron and Steel and Company* (Zisco) das Management des Industriegiganten in Redcliffe an die Firma *Kuvimba Mining House*, deren Aktien ebenfalls zu 60 % von der Regierung kontrolliert werden. An den Beteiligungsverhältnissen soll sich dabei nichts ändern, wie Industrie- und Handelsminister Sekai Nzenza gegenüber den Medien festhielt. Kuvimba wiederum hat den Familienkonzern SMS in Düsseldorf (früher *SMS Siemag*

AG) mit der technischen Rehabilitation des 2008 stillgelegten Stahlwerks beauftragt. Die deutsche Firma hatte sich gegen eine Reihe indischer und chinesischer Konkurrenten durchgesetzt.

Eine Delegation von SMS unter Leitung von Michael Rzepczyk war im Juli mit Präsident Emmerson Mnangagwa in Harare zusammengetroffen. *„Wir wollen ein Partner von Kuvimba und schließlich von Zisco sein, um das Werk wieder in Betrieb zu nehmen, den hiesigen Markt und die Exportmärkte zu versorgen und hier im Land eine Erfolgsgeschichte mit Stahl zu schreiben“*, sagte Rzepczyk.

Zisco wurde 1938 von einem privaten Konsortium in Bulawayo gegründet und 1942 von der weißen Minderheitsregierung verstaatlicht. 1948 nahm das Werk in Redcliff seinen Betrieb auf. Die Firma expandierte und mutierte 1975 zur *Rhodesia Iron and Steel Company*, die unter der Leitung des gebürtigen Wieners Kurt Kühn stand; Kühn hatte 1964 als Chef-Ingenieur bei RISCO zu arbeiten begonnen und wurde nach einer steilen Karriere 1974 zum Managing Director und stv. Vorsitzenden des Aufsichtsrats ernannt. Angesichts der von den Vereinten Nationen gegen Südrhodesien verhängten Sanktionen war er wesentlich an der Umgehung des Embargos (u.a. durch die VOEST in Linz) beteiligt und wurde 1976 mit der rhodesischen Trophäe „Businessman of the Year“ ausgezeichnet. Wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Smith-Regime mußte er das Land zwar 1978 verlassen, wurde aber nach der Unabhängigkeit von der Regierung Mugabe zurückgeholt. Das Zisco-Werk wurde unter seiner Leitung modernisiert, neue Hochöfen wurden in Betrieb genommen und die

erste Koksofenbatterie installiert. In seiner Blütezeit Mitte der 80er Jahre produzierte das Stahlwerk eine Million Tonnen Roheisen pro Jahr (zum Vergleich *voestalpine AG* heute: 1,65 Mio. Tonnen). Die Schließung des mit der Zeit heruntergewirtschafteten Stahlwerks bedeutete den Verlust von 8.000 Arbeitsplätzen. Die Nachricht von der erwarteten Wiederinbetriebnahme wurde von der Bevölkerung daher mit Freude aufgenommen. *„Das ist eine gute Nachricht, und jeder hier hofft, daß dieses Unternehmen, das seinerzeit nicht nur Kwekwe und die Wirtschaft der Midlands, sondern das ganze Land getragen hat, wieder auf die Beine kommt“*, sagte Benedict Moyo, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft bei Ziscosteel.

ReconAfrica wenig erfolgreich.

Die umstrittene Erdölexploration des kanadischen Konzerns im nordnamibischen Okavangogebiet (INDABA 115/22) ist vorläufig wenig erfolgreich. Wie das Unternehmen Anfang November auf seiner Website berichtete, verlief seine erste Bohrung (Makandina 8-2 mit einer Tiefe von über zweitausend Metern) zwar technisch erfolgreich, stieß aber nicht auf Vorkommen von Kohlenwasserstoff – dem wichtigsten Element von Erdöl und Gas – in einer Menge, die eine kommerziell sinnvolle Nutzung erwarten läßt. Mitte Dezember sollen die Bohrungen an einer zweiten Stelle beginnen. Nach Bekanntwerden des ernüchternden Ergebnisses fielen die Aktien von *ReconAfrica* auf 1,41 US-\$ pro Stück; 2021 hatte das Unternehmen mit 9,89 US-\$ pro Aktie seinen Höchststand erreicht. Wenn schon nicht der Widerstand der namibischen Umweltschützer – vielleicht bringen seine Aktionäre die Pläne des Unternehmens zu Fall.

UK-Museen und Restitution nach Zimbabwe. Das *Natural History Museum in London* und die *Universität Cambridge* sind bereit, mit Zimbabwe zusammenzuarbeiten, um menschliche Überreste aus der Kolonialzeit zurückzugeben. So das Ergebnis von Gesprächen, die eine Delegation des südostafrikanischen Landes mit den beiden Institutionen führte. Zimbabwe sucht Schädel von anticolonialen Helden aus dem späten 19. Jahrhundert, die sich möglicherweise im Vereinigten Königreich befinden, aber noch nicht identifiziert werden konnten. Wie Zimbabwe seit langem vermutet, wurden die sterblichen Überreste einiger Anführer des Aufstands gegen die britische Herrschaft in den 1890er Jahren – des Ersten Chimurenga – als Trophäen nach Großbritannien gebracht. Die bedeutendste unter ihnen war eine traditio-

nelle Heilerin, Mbuya Nehanda. Sie wurde in der heutigen Hauptstadt Harare hingerichtet.

Erste Mandela-Statue in Bulgarien. Nun hat auch die bulgarische Hauptstadt Sofia ihr Mandeladenkmal. Seine Enthüllung fand am 3. November 2022 vor dem *Polygraphia Office Centre* am Tsarigradsko Boulevard statt, der von der Flughafenautobahn ins Stadtzentrum führt. Die Statue – eine einfache Bronzebüste – wurde aus Anlaß des 30. Jahrestages der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Südafrika und Bulgarien vom südafrikanischen Botschafter, Thabo Thage, in Anwesenheit von Außenminister Nikolay Milkov, Bürgermeisterin Yordanka Fandakova und Christo Iliev, Geschäftsführer der Sponsorfirma *Lion's Head*, enthüllt. Bildhauerin der

Statue ist die Südafrikanerin Zelda Stroud. Wie Botschafter Thage erklärte, habe die Botschaft dieses Projekt mit dem Ziel initiiert, das Vermächtnis des ehemaligen Präsidenten Mandela zu bewahren und seinen Kampf für Frieden und Gleichberechtigung zu würdigen. Bulgarien habe Mandela 1986, als er noch inhaftiert war, und 2008 mit den jeweils höchsten staatlichen Auszeichnungen dekoriert. Weltweit wurden Denkmäler für den südafrikanischen Freiheitskämpfer und Friedensnobelpreisträger u. a. in Santiago, Mailand und London geschaffen (in Wien wird noch über ein solches verhandelt), und Straßen, Boulevards, Wege und Brücken mit dem Namen Nelson Mandelas gibt es in mehr als 120 Städten, darunter auch bereits in Sofia sowie in Wien und Klagenfurt. ■ ■

Albinismus in Zambia

Eines Abends waren Kabwe Musonda, ihre beiden Kinder und ihre Mutter gerade zu Bett gegangen, als sie ein Klopfen hörte. Als sie die Tür zu ihrem Haus in Mbala am Rande der zambischen Hauptstadt Lusaka öffnete, sah sie drei Männer in schwarzen Mänteln, Masken und Hüten. Zwei von ihnen betraten das Zimmer, in dem Musondas Mutter und ihre zweijährige Tochter Jamimah schliefen. Kurz darauf hörte sie ihren Sohn schreien: „*Mama, sie schneiden ihr die Hand ab!*“ Die Angreifer flüchteten in die Nacht. Das Kind überlebte, trägt aber bleibende Narben. Musonda und die Polizei glauben, daß es die Angreifer wegen ihres Albinismus auf Jamimah abgesehen hatten.

In Zambia leben fast 30.000 Menschen mit Albinismus. Der Glaube, Körperteile von Menschen mit Albinismus könnten Krankheiten heilen und würden Glück, Erfolg und Reichtum bringen, ist weitverbreitet. Menschenrechtsaktivisten befürchten, daß die wirtschaftliche Depression durch Covid-19 und die steigenden Lebenshaltungskosten zu einer Zunahme solcher Angriffe führen. In den meisten Fällen werden die Täter nicht

gefaßt. Im Fall Jamimah wurden zwar vier Männer verhaftet, weil sie von der Großmutter identifiziert werden konnten. Allerdings ließ die Polizei die Verdächtigen einige Tage später wieder frei mit der Begründung, es lägen keine ausreichenden Beweise vor.

Keita Coumba Makalou, den Mitbegründer und Geschäftsführer der *Salif Keita Global Foundation*, die sich für die Rechte von Menschen mit Albinismus einsetzt, wundert das nicht. „*In Fällen, in denen es um rituelle Verbrechen geht, vor allem in Dörfern, kennen die meisten Menschen die möglichen Verdächtigen, aber die lokalen Behörden nehmen ihre Ermittlungen meist nicht ernst.*“ Auch internationale Aufmerksamkeit habe laut Makalou wenig geändert. So habe der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen 2015 den Nigerianer Ikponwosa Ero zum ersten unabhängigen Experten für die Menschenrechte durch Menschen mit Albinismus ernannt, aber de facto habe sich bisher nur wenig geändert. ■ ■

Mail & Guardian

Afrika braucht Resilienz, nicht Verzicht

Ohne eine Änderung der Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd wird der Klimawandel nicht zu bewältigen sein, so die Aktivistin Pato Kelesitse aus Botswana im Gespräch mit Walter Sauer.

Frau Kelesitse, inwiefern ist die Umwelt in Ihrer Heimat Botswana vom Klimawandel betroffen?

Sie wissen, daß für Botswana der Tourismus eine große Rolle spielt, und der wiederum ist stark von der Umweltsituation abhängig. Klimawandel ist ein Einflußfaktor für den Tourismus, weil sich das Wetter ändert und damit auch Änderungen in der Biodiversität eintreten. Wir sehen zum Beispiel, daß Tiere aufgrund von Dürre sterben, und das wird in Zukunft vermutlich noch stärker der Fall sein. Also, Tourismus ist von der Natur und damit auch vom Wetter abhängig. Aber Klimawandel betrifft natürlich auch die Landwirtschaft. Die Regenfälle sind nicht mehr so regelmäßig wie früher, vor allem im Süden Botswanas kommt es zu langanhaltenden Dürren. Gleichzeitig gibt es im Norden Überschwemmungen, denen zahlreiche Haus- und auch Wildtiere zum Opfer fallen. Wir sind gleichzeitig von zwei extremen Wetersituationen betroffen.

Betrifft der Klimawandel mehr die ländliche Bevölkerung, oder leidet auch die städtische?

Natürlich leidet auch die städtische Bevölkerung, aber auf dem Land ist die Resilienz geringer. In der Stadt gibt es mehr Möglichkeiten, sich zu



Pato Kelesitse

versorgen und sich gegen das Klima zu schützen. Das Problem ist aber ein anderes: Städte erzeugen viel mehr umweltschädliche CO₂-Emissionen als ländliche Räume, global gesehen kommt der meisten Ausstoß aus den Städten. Und was wir auch sagen müssen: Global gesehen, sind die Emissionen Afrikas minimal, nur ungefähr drei bis vier Prozent der gesamten. Und von diesen drei bis vier Prozent entfällt etwa die Hälfte auf nur drei Länder: Südafrika, Ägypten und Algerien. Die etwa fünfzig anderen afrikanischen Länder produzieren die zweite Hälfte, also zirka eineinhalb Prozent der globalen Emissionen.

Afrika trägt am wenigsten zum Klimawandel bei, ist aber fast am stärksten davon betroffen ...

Ja, so ist es! Und dann gibt es diese Diskussion, daß Afrika seinen

CO₂-Ausstoß reduzieren sollte. Das ist kein afrikanischer Diskurs! Unsere Debatte dreht sich darum, wie wir uns dem Klimawandel anpassen und resilienter werden können. CO₂-Emissionen reduzieren ja – aber im Globalen Norden! Afrika muß auf den Klimawandel reagieren, indem es resilienter wird, und da hilft es uns nicht, wenn der Norden uns Verzicht predigt. Verstehen Sie mich nicht falsch – ich plädiere nicht für noch mehr Investitionen in fossile Brennstoffe usw. In meinen Podcasts habe ich auch die Erdölexploration in Nordnamibia kritisiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt macht diese Politik auch ökonomisch keinen Sinn. Aber wenn die Geber im Norden uns sagen, die Projekte X, Y oder Z finanzieren sie nicht mehr, weil sie klimaschädlich seien, und gleichzeitig betreiben sie ihre Betriebe und Bergwerke weiter, die ja nicht in unserem Besitz stehen – dann wird es wirklich wild.

Das kommt einer Diskussion sehr nahe, die wir hier in Europa führen – über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika: Haben sie sich verändert oder sind sie immer noch neokolonial?

Keine Frage, das ist jedenfalls ein neokolonialer Zugang. Sehen Sie nur nach Westafrika, wie Frankreich da

seine extraktive Wirtschaft weiterbetreibt, oder auch sonst: Profite werden in die EU repatriert, und diejenigen, die die Arbeit machen und die Produktion aufrechterhalten, die haben am allerwenigsten davon. Staatliche Unabhängigkeit – ja, die ist ok, aber die Abhängigkeiten sind viel tiefer verankert, sie sind strukturell. Oft hat sich die Kosmetik an der Oberfläche verändert, aber die Privilegien der ehemaligen Kolonialmächte sind dieselben geblieben. Und dann sagen sie, die Demokratische Republik Kongo zum Beispiel soll auf better governance machen, aber wer besitzt denn die Bergwerke oder die Firmen im Kongo? Die wechselseitigen Beziehungen sind nach wie vor von Ungleichheit geprägt.

Spielt das im Kampf gegen den Klimawandel eine Rolle?

Ja, Klimawandel ist nicht zu bekämpfen ohne eine Veränderung der Machtrelationen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Darum spreche ich von mir als einer Anwältin und nicht nur einer Aktivistin von Klimagerechtigkeit. Denn es geht nicht nur um Aktionismus. Natürlich brauchen wir Aktionen, aber sie dürfen nicht nur den Klimawandel im Blick haben, sondern müssen auch diese ungleichen Machtrelationen verändern. Wenn wir zu diesen Klimakonferenzen gehen, den COPs, da ist Afrika immer in der Rolle des Bittstellers an den Globalen Norden. Gleichzeitig verfügt Afrika aber über alle Ressourcen, materielle und humane, die der Globale Norden braucht. Wenn Afrika diese verweigert? Natürlich passiert das nicht wegen der gegebenen Machtstrukturen und der Dynamiken der Macht. Am Konferenztisch sprechen wir zwar

unter „Gleichen“, aber die realen Ungleichgewichte in Bezug auf Macht bleiben, wie sie sind.

Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie für Afrika?

Als ich 2014/15 begann, mich zu engagieren, realisierte ich, wie wenig Informationen von Afrikanern selbst – das ist mir wichtig – es über die Klimakrise in Afrika gab. Viele betrachteten sie als ein „*Problem der Weißen*“, also der Europäer. Wenn von CO₂-Emissionen die Rede war, dann wußte niemand, was das war. Themen wie die Schmelze der Gletscher oder der Polarkappen waren nicht verständlich, weil man das ja nie im Leben gesehen hatte. Dieses Narrativ war für uns in Afrika fremd, weil es mit unserer Lebensrealität nichts zu tun hatte. Daher entschloß ich mich, etwas in Kommunikation zu tun, Information bereitzustellen, aufgrund derer andere Leute dann Aktionen setzen können. So produziere ich zum Beispiel fallweise einen Podcast, eine Plattform über Klimawandel, auf der Afrikaner/innen – Akademiker/innen, Aktivist/inn/en, Betroffene – zu Wort kommen sollen.

Wie sind Sie eigentlich persönlich zum Thema Klimagerechtigkeit gekommen?

In der High School. Ich hatte einen Mentor, der mein Interesse an Fragen des Klimawandels geweckt hat. Und dann kam es zum Austausch mit anderen, auch im Rahmen der Vereinten Nationen, und dann willst Du mehr und mehr wissen, und dann geht es über Fragen der Finanzbeziehungen, über politische Fragen und über Aktionen. Und dann kommst Du kaum mehr los davon.

Wie schätzen Sie denn die Rolle der Regierungen ein?

Die meisten afrikanischen Regierungen hängen ja von Finanzierungen aus dem Norden ab. Sie bemühen sich, aber es könnte mehr politischen Willen geben. Natürlich ist es eine Herausforderung, einen Balance zwischen Entwicklung und Umwelt zu finden, nicht zuletzt angesichts des Überflusses an natürlichen Ressourcen, gerade im fossilen Bereich. Aber da muß die Politik Lösungen finden.

Und speziell in Botswana?

Da müssen sie definitiv mehr tun. Die verbalen Erklärungen stehen mit der Politik nicht im Einklang. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow 2021 (COP26) unterschrieb unsere Regierungsdelegation die Schlußerklärung, aber zwei Tage später wurde ein neues Kohlekraftwerk kommissioniert. Natürlich bringt das Arbeitsplätze und Energie. Aber langfristig? Macht es wirtschaftlich Sinn? Und wie sollen wir dann die internationalen Vereinbarungen betreffend Klimawandel einhalten? Da muß sich die Regierung definitiv mehr anstrengen. ■

Pato Kelesitse ist Expertin für nachhaltige Entwicklung in Gaborone (Botswana) und war namens des South African Climate Action Network (<https://sacan.africa/>) Beobachterin bei der 27. Weltklimakonferenz (COP27), die vom 7. – 18. November im ägyptischen Sharm El Sheikh stattfand. Ihre Teilnahme an der Entwicklungskonferenz in Linz und Interviewmöglichkeiten in Wien wurden vom Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (www.vidc.org) organisiert. Ihr erwähnter Podcast ist zugänglich über <https://podcasts.apple.com/fr/podcast/pato-kelesitse-episode-18-environmental-reporting-in/id1572854222?i=1000536248153&l=en>.

- 34 % der restituierten Rebflächen sind mehr als 20 Jahre alt und müssen bald ersetzt werden bzw. befinden sich aufgrund früherer Vernachlässigung in keinem guten Zustand und produzieren daher nicht optimal.
- Die Auswirkungen der Dürre und der Covid-Pandemie (in Südafrika war der Verkauf von Alkohol für mehr als sechs Monate verboten) stellte die Leitung von EbenAgri vor schwierige Entscheidungen: Welche Weinberge sollten gerettet, was sollte stattdessen angesichts der begrenzten Wasserressourcen angebaut werden? Viele alte Weinberge wurden inzwischen gerodet, Cash Crops und Ersatzanbauflächen (vor allem für Rosinen und Biowein) wurden gepflanzt.

Die Vorstände der CPA, des Trusts und von EbenAgri standen auch vor der Frage, wie sie mit den Erwartungen der Gemeinschaft nach unmittelbaren Vorteilen aus der Landrückgabe umgehen und gleichzeitig sicherstellen sollten, daß finanzielle Mittel für die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebs erhalten blieben. Mehrmals gab die Führung den Forderungen der CPA-Mitglieder nach, und diese erhielten Einkaufsgutscheine oder Zahlungen in bar. Diese Gelder stammen aus dem Landwirtschaftsfonds. Erst vor kurzem erklärten die EbenAgri-Direktoren zusammen mit den Buchhaltern der Community, daß sie diese Mittel nicht mehr für Auszahlungen an die Mitglieder verwenden werden – diese werden einige Jahre warten müssen, bis die Farmen in der Lage sind, Gewinne zu erwirtschaften.

als die Gemeinschaft aufgrund des Ebenezer (Van Rhynsdorp)

Exchange of Land Act Nr. 14 von 1925 enteignet wurde, bestand sie aus 153 Haushalten, von denen jeder ein Anrecht auf neues Land erhielt, das an den bisherigen Siedlungsraum angrenzte: je eine Hausparzelle, ein bewässertes Grundstück und ein Anteil an der gemeinsamen Weide. Die Schwierigkeit besteht darin, daß Familien im Laufe der Zeit wachsen – und wer erbt dann die Berechtigung? Im Allgemeinen war es üblich, daß dieselbe in der Familienlinie an eine vom Rechtsinhaber ausgewählte Person weitergegeben wurde. Im Laufe der Jahre gab es dafür verschiedene Regeln, die aber oft unterlaufen wurden – durch Zahlungen an den Rechtsinhaber oder durch Korruption.

Seit 2000 administriert zwar die lokale Gemeindeverwaltung das Land, nahm aber die komplexe Zuteilung der Nutzungsrechte nach dem Tod ihrer Inhaber nicht in Angriff. Dies bedeutete, daß die *Communal Property Association*, als sie 2020 die Verwaltung übernahm, die Zuweisungen auf den neuesten Stand bringen mußte. Es wurden ein Landnutzungsmanagementplan und eine Strategie für die Zuteilung der Berechtigungen angenommen. Dabei sah sich die CPA vor allem mit folgenden Fragen konfrontiert:

- Wie sollte man mit der betrügerische Vergabe von Nutzungsrechten in der Vergangenheit umgehen? Wenn es nun eine Entschädigung für die Gemeinschaft insgesamt gab, die während der Apartheid Land verloren hatte, sollte es dann nicht auch eine Entschädigung intern geben in Fällen, in denen Rechte auf unlautere Weise erworben wurden? Die

Community beschloß daher, bei der Neuvergabe von Land- und Wasserrechten diejenigen zu bevorzugen, die vorher benachteiligt worden waren.

- Sollten Nutzungsrechte an bewässerten Parzellen im gemeinschaftlichen Rahmen der CPA verbleiben oder an individuelle Inhaber übertragen werden? Diesbezüglich wurde die Vergabe an Einzelne beschlossen, allerdings mit der Auflage, daß sie im Fall von Verkaufs oder Übertragung nur an ein anderes CPA-Mitglied weitergegeben werden können.

Angesichts der Vorgeschichte war dieser Prozeß mit Konflikten verbunden – innerhalb von Familien, zwischen Familien und gegen die CPA. Die CPA-Führung ersuchte die Organisation *Phuhlisani* um administrative Unterstützung und setzte ein unabhängiges Gremium ein, das sie bei der Entscheidungsfindung unterstützen soll. Dieser

Landrückgabe allein reicht nicht

Prozeß und die damit verbundenen Konflikte dauern noch an. Neben der Zuteilung von Rechten hat der CPA-Vorstand u. a. die Mammutaufgabe, die Instandhaltung des Landes und anderer Ressourcen zu verwalten (einschließlich der vom Staat erhaltenen Mittel für ein Einzäunungsprojekt), Wasser zuzuteilen, Anträge externer Parteien auf Bergbau- und Windparklizenzen sowie Wohnungsfragen zu behandeln, alle Interaktionen mit der Gemeindeverwaltung zu koordinieren und laufende Rückerstattungsfragen zu bearbeiten, etwa die Übertragung der letzten Landanteile oder die Zahlung von Bargeld an Nachkommen der Enteigneten, die nicht mehr zur Ebenehaeser-Community gehören.



Das Ebenhaeser-Territorium westlich von Van Rhynsdorp

Seit 1925 waren die 153 Landwirte mit ihren langen und schmalen bewässerten Parzellen auf ein sehr unzureichendes Bewässerungssystem angewiesen. Vor kurzem hat der Staat das System verbessert, sodaß sich die Landwirte nun auf ihre Wasserzuteilung verlassen können. Es gab auch eine Kapitalspritze durch die staatliche Covid-Unterstützung. Beides zusammen hat dazu geführt, daß sich die Landwirtschaft auf dem ursprünglichen Ebenhaeser-Territorium erheblich ausgeweitet hat. Die meisten Kulturen sind Kurzzeit-Gemüsesamen, Gemüse oder Futtermittel, aber auch einige Weinberge. Da die Bewässerung jetzt gesichert ist, erwägen viele Bauern auch, Partnerschaften mit größeren Unternehmen (einschließlich EbenAgri) einzugehen, die Weinberge und andere langfristige Kulturen anbauen.

Die CPA hat vorläufig ein externes Unternehmen mit der Verwaltung des Bewässerungssystems beauftragt, d. h. mit Betrieb und Instandhaltung sowie mit der Einhebung der Gebühren. Das ist eine große Aufgabe, da es seit vielen Jahren eine Kultur der Zahlungsverweigerung gibt. Die Landwirte hatten das Gefühl, daß Wasser

Teil der Entschädigung für die Enteignung von 1925 war, und zudem gab es ohnehin keine verlässliche Versorgung. Diese Haltung zu verändern, ist schwierig. Die öffentliche Hand subventionierte anfänglich die Wasserschaltungen, wobei dieser Zuschuß über vier Jahre hinweg jedes Jahr sank. Zusätzlich zum Bewässerungsprogramm planen die Behörden die Einrichtung eines *Farmer Production Support Unit* (FPSU), der alle neuen Bauern im Umkreis von 30 Kilometern unterstützen soll. Diese Einheit soll über ein Mechanisierungszentrum, ein Verarbeitungszentrum (für Gemüse, Obst, Futtermittel und Fleisch) und eine Einheit zur Unterstützung der Betriebe verfügen. Ein Teil der Maschinen wurde bereits übergeben, aber die institutionellen Vorkehrungen für die Ver-

waltung dieser Maschinen wurden noch nicht getroffen. EbenAgri ist in die Lücke getreten, aber das hat den Druck auf die junge Organisation weiter erhöht, weil sich die Kultur der Nichtzahlung auch auf

FPSU negativ auswirkt. EbenAgri besteht allerdings auf der obligatorischen Zahlung von Beiträgen. Der Staat hat damit begonnen, Genossenschaften zu gründen, welche die verschiedenen Aufgaben übernehmen sollen, aber die begrenzte Erfahrung des Personals verhinderte bisher einen durchschlagenden Erfolg.

Landreform und ländliche Entwicklung zu managen, bringt komplexe Herausforderungen mit sich, wobei in vielerlei Hinsicht die Erwartungen der Community die größten dabei sind. In Bezug auf das Management der kommerziellen Farmen hat Phuhlisani mit finanzieller Unterstüt-

zung einer Agentur für ländliche Entwicklung eine Vereinbarung über Verwaltung und *capacity building* zwischen den Organisationen der Community, insbesondere EbenAgri, und dem lokalen Weinbau- und Agrarunternehmen *Stellar Winery Group* ermöglicht. Diese sieht umfassende Unterstützung in den Bereichen Landwirtschaft und Unternehmensstrategie vor, einen übergreifenden Landwirtschaftsmanager, die Bereitstellung einiger Maschinen sowie Beratung bei der Konzeption und Umsetzung von Initiativen zur sozialen Entwicklung. Dies ist eine wichtige Hilfe für die aufstrebende EbenAgri, die es ihr ermöglicht, ihre landwirtschaftlichen und geschäftlichen Aktivitäten ohne größere Schwierigkeiten auszuführen, neue Märkte für verschiedene Produkte zu erschließen und das neue Management aufzubauen.

Der *Ebenhaeser Development Trust* wurde 2015 gegründet, zwei externe Treuhänder wurden dafür ernannt. Dies brachte zwar wichtige Kapazitäten, aber auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da es den Anschein hatte, daß die externen Treuhänder in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgten. Dies war insbesondere deshalb ein Problem, weil die Restitutionsfonds der Kontrolle des Trusts unterstellt wurden. Es entwickelte sich ein angespanntes Konkurrenzverhältnis zwischen dem Trust und der CPA, das die Entwicklungen in Ebenhaeser unterminierte.

Der erste CPA-Vorstand wurde 2014 gewählt, und in ihm verfügten einige Mitglieder über beträchtliche Kapazitäten, um die Geschäfte zu führen. Dem zweiten Vorstand, der 2018 in einer politisch aufgeladenen Wahl zustandekam, gehörten nur sehr wenige Mitglieder mit mehr als Sekundarschulbildung an. Der Ausschuß

Wasserversorgung sicher, aber teuer

hat keine professionellen Manager ernannt, was dazu führte, daß die enormen Verwaltungsaufgaben von Personen übernommen wurden, die nicht über entsprechende Fähigkeiten oder Erfahrungen verfügen.

Im Laufe des Jahres 2018 wurde das Verhältnis zum Trust noch angespannter, und schließlich traten die externen Treuhänder zurück. Die Bedeutung des Trusts nahm ab, und der CPA-Vorstand wurde zur primären Institution, die die Verantwortung für die meisten Komponenten mit Ausnahme der kommerziellen Aktivitäten trägt. Gleichzeitig neigte der Ausschuß aufgrund zunehmender Streitigkeiten in der Gemeinschaft und der Schwierigkeit, Vollversammlungen abzuhalten (die in der Regel sehr konfliktreich waren und durch Covid zusätzlich eingeschränkt wurden) dazu, unregelmäßig mit den Mitgliedern zu kommunizieren, sei es mittels Flug-



Abschnitt des neuen Bewässerungssystems

blättern oder persönlich durch Besuche von Tür zu Tür. Dies verschärfte die Spannungen derart, daß einige Mitglieder der Community in das Büro des CPA eindringen und Akten und Computer stahlen. Derlei Spannungen dauern an und werden auch die in den nächsten Wochen anstehende Wahl eines neuen Ausschusses belasten.

Die generelle Haltung des Staates gegenüber *Communal Property Associations* ist, daß sie „auf eigenen Füßen stehen müssen“, und daher war die Rolle der Behörden auch bei der Unterstützung des Ebenhaeser CPA-Vorstands begrenzt. Anders als EbenAgri hatte er im Wesentlichen also keine Hilfe von außen, abgesehen von begrenzten Interventionen von Phuhlisani, dem öffentlich-rechtlichen *Legal Resources Centre* und der Probono-Abteilung von *Webber Wentzel Attorneys*. Viele Akteure vor Ort und darüber hinaus sind besorgt darüber, daß die fehlende Unterstützung sehr leicht zu einer zunehmenden Verschlechterung der Entwicklungsprozesse in Ebenhaeser und zu einer Verschwendung der mehr als 500 Millionen Rand staatlicher Mittel führen könnte, die für die Landreform in Ebenhaeser ausgegeben wurden.

Die Situation der Ebenhaeser weist alle Komponenten auf, die am ehesten für eine erfolgreiche Landreform sprechen: eine bestehende Community (sie war nicht verstreut wie so viele andere enteignete Gemeinschaften), bedeutende hochwertige landwirtschaftliche Ressourcen, eine gute Managementunterstützung für die kommerzielle Großlandwirtschaft, einen lebendigen kleinbäuerlichen Sektor mit wachsenden Möglichkeiten, Potenzial für ökokulturelle Tourismusunternehmen usw.

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß Landrestitution ein äußerst komplexes Gebiet ist (es geht nicht nur um die Rückgabe von Land an die rechtmäßigen Eigentümer) und ein Prozeß, der viel Unterstützung auf verschiedenen Ebenen erfordert. Wird es gelingen, das Leben der Gemeindemitglieder zu verändern und zu zeigen, daß eine Landreform erfolgreich sein kann?

Noch stehen wir am Beginn, und es ist noch viel zu tun, aber trotz der Schwierigkeiten, mit denen die Ebenhaeser konfrontiert sind, sieht die Situation vielversprechend aus. Es hängt jedoch von der Art der Unterstützung der Führung der Community und des Managements ab, die, wie oben erwähnt, eher nicht vom Staat kommen wird. Die Gemeinschaft und ihre Unterstützer müssen sich anderweitig um Unterstützung bemühen, und sie tun dies auch.

In allgemeinerer Perspektive ist besorgniserregend, daß es in Südafrika mehr als 4000 ähnliche juristische Personen mit über neun Millionen Hektar Grundbesitz gibt, von denen sich die meisten in einem ähnlichen Zustand befinden. Der Staat räumt diesem Problem keine Priorität ein, und besorgte Nichtregierungsorganisationen haben damit begonnen, eine Kampagne zur Unterstützung von Rechtsträgern der Landreform zu starten. Gefordert werden direkte Unterstützungen für einige davon, um Hilfsmöglichkeiten auszutesten, ihre Mobilisierung in einer gemeinsamen Organisation sowie Lobbyarbeit bei der Regierung zugunsten einer prioritären „Rettung“ der Landreform, um sinnvollen Wandel für die Mitglieder dieser vielen Gemeinschaften sicherzustellen.

David Mayson hat sich auf die südafrikanische Land- und Agrarreform spezialisiert. Er arbeitete zunächst für das *Surplus People Project*. 2004 war er Mitbegründer von *Phuhlisani*, einer auf Land- und Agrarreform spezialisierten Organisation, die sich auf drei Interventionsebenen konzentriert: Unterstützung von Landreformgemeinschaften und -gruppen vor Ort, Planung von integrierten Land- und Agrarreformen auf Bezirksebene sowie nationale Forschung und politische Interventionen (<http://www.phuhlisani.org/>).

Community Radio für Sinazongwe

Unter Anwesenheit zahlreicher Honoratioren feierte das Dorf Sinazongwe im zambischen Tonga-Gebiet am 12. November die Eröffnung von Radio Zongwe FM. Andy Kampamu, der Vorsitzende des Sinazongwe Community Radio Board, blickte in seiner Rede auf die Geschichte des lokalen Senders zurück. Bright Mudonga und Peter Kuthan von der Austria-Zimbabwe Friendship Association waren dabei.

Unser Radio wurde mit Unterstützung der Österreichisch-Zimbabwe'schen Freundschaftsgesellschaft gegründet. 2007 wurde in der Sinazongwe Basic School die erste Radiostation mit einem 100KW-Sender und auf der Frequenz 105.0FM eingerichtet. Später flossen öffentliche Mittel in den Bau eines neuen Gebäudes, das 2019 fertiggestellt wurde.

Ursprünglich war der Empfang jedoch so begrenzt, daß er nur etwa 20 bis 50 km weit reichte und nicht den gesamten Distrikt abdeckte, nicht einmal über das Wasser. Daher wurde im Jahr 2013 eine andere Kommunikationsinfrastruktur benötigt, als der Sender einen weiteren Sender von seinen Partnern bezog und einen 500-kW-Sender installierte, der es ermöglichte, etwa fünf benachbarte Distrikte zu erreichen, nämlich:imba, Kalomo, Choma, Pemba und Gwembe.

Während ich jetzt zu Ihnen spreche, hat der neue Radiosender eine Frequenz von 103,8FM erhalten. Die Stärke des Senders liegt in den lokalen Inhalten, die in zwei Sprachen gesendet werden: Chitonga (60%) und Englisch (40%). Der Sender sendet täglich von 6 bis 22 Uhr und hat verschiedene Programme mit den Schwerpunkten kulturelles Erbe, Gemeindeentwicklung, Klimawandel, Gesundheit, Regierungsführung, Reli-

gion, aktuelle Themen, Bildung, Landwirtschaft, Jugend-/Kinderprogramme und Unterhaltung.



Bei einer Gesamtbevölkerung von über 110.000 Einwohnern im Bezirk Sinazongwe hat der Radiosender nach den Hochrechnungen der zambischen Statistikbehörde für das Jahr 2020 rühmliche 60 % regelmäßige Hörer. Ein weiteres interessantes Merkmal ist, daß der Radiosender in der Lage ist, online zu senden.

Das Radio wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der sich aus 10 Mitgliedern zusammensetzt. Im Management des Senders gibt es nur einen Vollzeitbeschäftigten, die übrigen Mitarbeiter arbeiten auf freiwilliger Basis.

Der Betrieb der Radiostation war im Laufe der Jahre nicht einfach, aber

es ist uns gelungen, durch Interaktion mit verschiedenen Regulierungsbehörden in Lusaka voranzukommen; die Bemühungen der Interessengruppen und unsere Anstrengungen führten schließlich zur Erteilung einer Betriebslizenz und Frequenzzuweisung.

Ich möchte die Mitglieder der Sinazongwe-Gemeinde und den gesamten Distrikt darüber informieren,

daß wir hier sind, um unser Manifest zu erfüllen, daß wir daran arbeiten werden sicherzustellen, daß der Sender wieder auf Sendung ist, indem wir uns an alle gesetzlichen Organe halten, die Lizenzen und Frequenzen für Rundfunkdienste in einer offenen und transparenten Art und Weise erteilen, erneuern, aussetzen und aufheben, und daß unser Management ein Programm machen wird, das sowohl Bildung als auch Unterhaltung umfaßt. Alle Gemeindemitglieder sollten ein Gefühl des Eigentums an diesem Gemeinschaftsradio haben, um sich aktiv zu beteiligen und zum Wachstum des Radiosenders beizutragen.



20 Jahre Afrikanische Union

Von Adalbert Krims

Die *Afrikanische Union* (AU) wurde formell auf dem Gipfel von Durban am 9. September 2002 gegründet. Anlässlich des 20jährigen Bestehens startete die AU-Kommission am 9. August die „AU20-Kampagne“, die ein halbes Jahr bis zum nächsten Gipfel der Organisation am 9. Februar 2023 unter dem Motto „Unser Afrika – unsere Zukunft“ läuft. Diese Kampagne will Informationen, Fakten und Zahlen liefern, um das Bewußtsein für die verschiedenen Projekte, Programme und Initiativen zu schärfen, die in den letzten 20 Jahren auf dem Kontinent durchgeführt wurden. Sie will die Geschichte der AU, ihre Gegenwart und ihre Vision für die Zukunft erzählen und die verschiedenen Wege aufzeigen, auf denen die Union arbeitet, um den Frieden, die Einheit und den Wohlstand der afrikanischen Bürger/innen zu fördern.

Die AU ist aus der *Organisation für Afrikanische Einheit* (OAU) hervorgegangen, die am 25. Mai 1963 in Addis Abeba gegründet wurde. Die gerade unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten schafften sich damals im Zuge der Dekolonisierung ein wichtiges politisches Forum für die Vision eines geeinten Afrikas, mit souveränen Staaten – frei von den Überresten des Kolonialismus. Die OAU wurde von den damals 32 unabhängigen afrikanischen Ländern gegründet – bei der Gründung der AU waren es schon 53. Während sich die OAU vor allem auf die Entkolonialisierung, den Ausbau der diplomatischen Beziehungen zwischen den Mitgliedern und den Kampf gegen die Apartheid konzentrierte, steht für die AU die wirtschaftliche Integration und Entwicklung sowie die Schaffung eines dauerhaften Friedens im Mittelpunkt.

Die ersten 20 Jahre haben durchaus Fortschritte gebracht – wie z. B. die Errichtung des *Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Rechte der Völker* (ACHPR) oder die Schaffung von drei Finanzorganen (*Afrikanische Zentralbank, Afrikanische Investitionsbank und Afrikanischer Währungsfonds*).

Während die wichtigsten Organe der AU – wie Vollversammlung der Staats- und Regierungschefs, Kom-

mission und Pan-Afrikanisches Parlament – sich stark an der Struktur der EU orientieren, besitzt die AU im Unterschied zur EU nach dem Vorbild der UNO einen Friedens- und Sicherheitsrat, dessen Aufgabenspektrum von der Konfliktprävention und -intervention bis hin zur Förderung von Demokratie und Menschenrechtsschutz reicht und auch über eine eigene militärische Bereitschaftsgruppe (*African Standby Force, ASF*) verfügt.

Eines der Hauptprobleme der AU ist die chronische Unterfinanzierung, die einerseits die Handlungsfähigkeit einschränkt und andererseits Abhängigkeiten mit sich bringt. Der jährliche Haushalt der AU beläuft sich auf rund 700 Millionen Euro und wird nur zu einem Drittel von den Mitgliedsländern finanziert – zwei Drittel stammen von internationalen Partnern, u. a. von der EU sowie von UN-Organisationen. Das Programmbudget wird sogar zur Gänze von internationalen Partnern finanziert, obwohl es das Ziel war, mindestens 75 Prozent selbst aufzubringen.

Auch wenn die Afrikanische Union mit zahlreichen „hausgemachten“ Problemen – von Korruption über Demokratiedefizite bis zu Staatsstreichen – zu kämpfen hat, so ist sie noch mehr von externen Faktoren betroffen: Klimawandel oder Energie- und Wirtschaftskrise, die hauptsächlich auf andere Akteure zurückzuführen sind, treffen Afrika besonders hart.

Außerdem sind die afrikanischen Staaten den Großmachtrivalitäten ausgesetzt, was sich durch den Ukraine-Krieg sowie die Spannungen der USA mit China noch verschärft hat. China ist inzwischen der wichtigste Handelspartner Afrikas, in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit liegt aber die EU voran (wobei die EZA auch als politisches Druckmittel gebraucht wird). Die USA haben Afrika lange Zeit vernachlässigt und erst im Zusammenhang mit der Terrorismus-Bekämpfung sowie dem Zurückdrängen des chinesischen und russischen Einflusses den Kontinent „wiederentdeckt“. Dieses Umfeld macht es für die Afrikanische Union nicht leicht, ihre Gründungsziele zu erreichen.



Summer School „Spaces for Future“ an der Unicaf University in Lusaka: Arbeitsgruppen im Austausch

zugsraumes, in dem es – was für ein Luxus! – primär um Wissenschaftliches gehen durfte.

Bei der Diskussion um natürliche Ressourcen (Victor Mlambo) und für den Export angebaute landwirtschaftliche Produkte wie beispielsweise Tabak (Sibanengi Ncube) kamen historische und sozialwissenschaftliche Ansätze zum Tragen, während Themen des Klimawandels (Nqobile Sikosana), der klimabezogenen Politikberatung (Sara Lüttich) oder Fragen der Landumverteilung (Chenai Murata) aus der Sicht der Verwaltungswissenschaften, der Internationalen Zusammenarbeit und der Ökologie aufgegriffen wurden. Interdisziplinarität spielte eine wichtige Rolle, die verschiedenen Herausforderungen für die Zukunft multiperspektivisch zu denken. Es war bewundernswert, wie wenig Vorbehalte den „jeweils anderen“ Disziplinen entgegengebracht wurden und wie wenig darauf insistiert wurde, es müßten bestimmte, als einschlägig kategorisierte Texte unbedingt disziplinübergreifend rezipiert werden.

Sich in die Zukunft zu bewegen, bedeutet für viele Gesellschaften, sich Fragen der Konfliktaustragung um Bodenressourcen (Constancio Nguja), der sozialen Gerechtigkeit (Rebecca Sarku) und neuen Krankheitsbildern durch Klimawandel (Anayawa Nyambe) zu stellen. Darauf, daß in solchen Szenarien die Interessen und Akteursschaften von Frauen immer wieder explizit fokussiert werden müssen, verwiesen Nachwuchswissenschaftlerinnen, die Ernährungsfragen (Rejoice Chipuriro) oder soziale Aufstiegs Hoffnungen mobiler Frauen (Daniela Atanasova) thematisierten.

auf einer Exkursion gemeinsam mit Emmanuel Tembo (Ministry of Lands and National Resources), Sulwe Busiku (Zambia Institute of Planners) und einer Nichtregierungsorganisation, die sich mit Landrechten beschäftigt, besuchten wir Wohnbau- und Niederlassungsprojekte in den Vorstädten Kabana, Mungule und Garden House, um uns mit ganz unterschiedlichen Beispielen prekären, illegalen und aus der Stadt ausgreifenden Wohnens und Bauens vertraut zu machen.

Wegen Landflucht, Zuwanderung oder weil sie ein Haus suchen, in der Stadt aus Platzgründen aber nicht bleiben können, beginnen viele Menschen, Häuser dort zu bauen, wo sie kein Recht am Grund und Boden haben, und wo die Versorgung mit Infrastruktur wie zum Beispiel Wasser, Straßen oder Elektrizität nur rudimentär oder gar nicht gegeben ist. Rund um Lusaka siedeln und bauen die Menschen in die Fläche, dicht besiedelte, hoch aufstrebende Bauten gibt es fast gar nicht. Prinzipiell bemühen sich heute Staat und Lokalverwaltung darum, die bauenden und aus der Stadt herausziehenden Menschen zumindest im Nachhinein mit Rechten auszustatten, soweit das möglich ist. Manchenorts gelingt es, den Wohnenden über eine Titelvergabe ein Recht an Grund und Boden zu sichern, wenn auch die Versorgung mit Infrastruktur prekär bleibt. Grundsätzlich steht dabei zur Debatte, wie Land unter sogenanntem Gewohnheitsrecht mit lebenslangen Nutzungsrechten ausgestattet werden kann. Dafür gibt es zwei Strategien: Entweder unterzeichnen die Chiefs (traditionelle Würdenträger) Zertifikate, mit denen sie Grund und Boden auf Dauer verpachten, oder sie übereignen „ihr“ Land, auf denen die Regeln und Gesetze des Gewohnheitsrechtes gelten, dem Staat, der dann Urkunden über Nutzungsrechte ausstellt. Konflikte würden dann zwischen Landnutzer/inne/n und Staat ausgehandelt und nicht länger zwischen Landnutzer/inne/n und einzelnen Chiefs.

Andernorts erfolgt das Bauen auf ganz unsicherem Grund. Denn abgesehen davon, daß Menschen dort kein Anrecht auf Landnutzung haben und die Versorgung mit Infrastruktur fehlt, beginnen sie oft gerade dort zu bauen, wo sie sich vor widrigen Umwelteinflüssen kaum schützen können. Sobald der Regen fällt, verwandelt sich so mancher Ort, an dem gebaut und gewohnt werden soll, zu einer einzigen Schlamm- und Wasserfläche. Das ist insbesondere auf Steinbrüchen der Fall, wo das Wasser nicht versickern kann. Oft bringen große Not und Verzweiflung Menschen dazu, eine vorübergehende Ansiedlung dennoch zu ver-

derart zielgerechte, sorgsam vorbereitete und genau zugeschnittene kulturelle Weiterbearbeitung konzipierte und künstlerisch umsetzte. Das hat mich sehr berührt.

für mich war es der zweite Aufenthalt in Lusaka, diesmal im Anschluß an das offizielle Event mit einem „Ausflug“ ins nur wenige Stunden entfernt liegende Siavonga am Kariba Dam, wohin es über das Wochenende offenbar viele erholungsbedürftige Paare und Familien aus Lusaka zieht. Der Staudamm steht wie ein Sinnbild für das Vertrauen in einschneidende technologische Innovation, die dem Land Industrialisierung hätte bringen sollen. Darüber hinaus dient sie inzwischen an ihren Ufern auch der so genannten Mittelklasse, um gelegentlich raus aus der überhitzten und überfüllten Stadt zu kommen. Der Weg nach Siavonga führte über den Kafue River, der einst auch als Ort eines Staudamms anstelle Karibas zur Diskussion stand, und entlang von Straßen, an denen Miombo-Wälder sichtbar wurden.

Ich bin keine Ingenieurin. So stand ich angesichts der gewaltigen Größe staunend vor dem Bauwerk mit seiner knapp 130 m hohen und 617 m langen Staumauer, auf der gerade Messungen an gewissen Schwankungspunkten vorgenommen wurden. Der Stausee, Lake Kariba, ist 280 km lang und damit einer der größten seiner Art weltweit.

Die Urlaubsanlage *Freshview*, eine von vielen in der Gegend, gibt den Blick über den Kariba-See frei und wirkt in das markante Gestein hineinkonstruiert. Es blieb schwer zu sagen, ob hier die Natur das menschliche Bauen und technische Planen dominierte oder ob, gerade umgekehrt, das technisch Geplante die Natur in ihre Schranken verwies.

auf dem Weg zurück nach Lusaka entschieden wir uns für einen kleinen Abstecher nach *Ing'ombe Ilede*. Unsere zambischen Reisepartner meinten, sie wollten uns gern jenen Ort zeigen, der in jedem zambischen Schulbuch abgebildet und besprochen werde. Er gelte als Nationalmonument. *Ing'ombe Ilede* ist ein sehr alter zentralafrikanischer Handelsplatz, an dem Salz gegen Sklaven gehandelt und Kupfer für Stoffe und Glasperlen getauscht wurde. Er



*Ing'ombe Ilede, die „schlafende Kuh“:
Ein zentralafrikanischer Handelsplatz
aus dem 16. Jahrhundert*

war für Händler und Karawanen gut zu erreichen, da die aus allen Richtungen dorthin führende Pfade von Elefanten ausgetrampelt waren. Heute sieht man dort einen sehr alten Baobab, eine „schlafende Kuh“, *ing'ombe ilede*. Der Besuch schien uns aus der Zeit, in der technisch alles möglich scheint, direkt in eine ferne Vergangenheit zu katapultieren.

Doch dem war nicht so. Am Zaun um das Gelände hatte sich ein lokaler Guide zu uns begeben, der nicht nur das Gatter aufschloß, sondern uns auch bis zum Platz begleitete und mit Informationen zur Verfügung stand. Geradezu surreal erschien es zumindest mir, daß hier in aller Abgelegenheit ein Toilettenhäuschen stand, eine Seite für „Gentlemen“, die andere – wie sollte es anders sein – für „Ladies“.

In einer Gegend, in der wir völlig verstaubt ankamen, warteten hier Toiletten mit Wasserspülung auf uns. Unsere von Schweiß und Kuchen klebenden Hände konnten wir bequem unter einem öffentlich zugänglichen Wasserhahn waschen, den wir zunächst gar nicht wahrgenommen hatten. Im Gespräch erfuhren wir, daß die Menschen, die in der langgestreckten Streusiedlung vor dem Gatter von *Ing'ombe Ilede* leben, in den 1960er Jahren vom Plateau hierher umgesiedelt worden waren.

Die entheimateten Tonga hatten als Kompensation eine Wasserleitung von dort zum Dorf hierher erhalten und auf Dauer freien Zugang zu Trinkwasser. So lagerte sich an den alten Ort, dessen Geschichte bis in 16. Jahrhundert zurückreicht, ein rezenter Geschichtsstrang an – sehr interessant, wie wir plötzlich zu sehen in der Lage waren, auf welche Weise Zeiten überlappten und sich ineinander verhakelten.

Kirsten Rütter ist Professorin für afrikanische Geschichte am Institut für Afrikawissenschaften und Mitglied des SADOCC-Beirats. Letzte Buchpublikation (hg. zusammen mit Martina Barker-Ciganikova, Daniela Waldburger und Carl-Philipp Bodenstern): The politics of housing in (post)colonial Africa. Accommodating workers and urban residents (Berlin, De Gruyter Oldenbourg, 2020).

Ein antikoloniales Denkmal am Trafalgar Square

Im Londoner Zentrum regt die Skulptur eines malawischen Künstlers zur Reflexion über die koloniale Vergangenheit und den Widerstandskämpfer John Chilembwe an. Von Bernhard Bouzek.

Im September 2022 wurde in der Londoner Innenstadt eine überlebensgroße Statue des malawischen Baptistenpredigers, Panafrikanisten und antikolonialen Widerstandskämpfers John Chilembwe feierlich enthüllt. Die Skulptur mit dem Namen „Antelope“ steht auf dem sogenannten „vierten Sockel“ am berühmten Trafalgar Square, auf dem seit 2003 alle zwei Jahre unterschiedliche Kunstwerke gezeigt werden. Beispielsweise stand an dieser Stelle zwischen 2018 und 2020 eine Lamassu-Figur – ein assyrischer Schutzdämon mit Stierkörper, Flügeln und einem menschlichen Körper –, die sich mit der Zerstörung irakischer Kulturgüter infolge des Krieges bzw. durch den IS auseinandersetzte. Die fünf Meter hohe Bronzestatue John Chilembwes ist die erste eines Afrikaners auf dem Trafalgar Square und inszeniert ein berühmtes Foto aus dem Jahr 1914, auf dem Chilembwe neben dem britischen Missionar John Chorley vor seiner Kirche im Dorf Mbombwe im Süden Malawis steht. Auf dem Bild trägt Chilembwe einen breitkrepigen Hut, trotz eines ungeschriebenen Gesetzes, nach dem Afrikaner in Gegenwart von Eu-

ropäern keine Hüte tragen sollten.

Der 1975 in Malawi geborene Künstler Samson Kambalu, außerordentlicher Professor für Bildende Kunst am Magdalen College, Oxford, entschied sich dafür, die Statue John Chilembwes um mehrere Meter höher als jene von Chorley zu machen.

Während beide Männer auf dem Foto nahezu gleich groß sind und zusammenstehen, hat der Bildhauer der Statue eine Wendung hinzugefügt, die ins Auge sticht. „Indem er seine Größe steigert, erhöht der

Wer war John Chilembwe?

Künstler Chilembwe und seine Geschichte und enthüllt die verborgenen Erzählungen von unterrepräsentierten Völkern in der Geschichte des britischen Empire in Afrika und darüber hinaus“, heißt es auf der Website des Bürgermeisters von London.

Obwohl das Denkmal im Zentrum Londons steht, bleibt Chilembwe für viele eine unbekanntere Persönlichkeit. „Viele Leute wissen vielleicht nicht, wer John Chilembwe ist. Aber genau das ist der springende Punkt“, sagt Kambalu. Denn der Bildhauer hofft, daß die Statue eine Debatte in Großbritannien anstoßen wird, sich

kritisch mit der kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen. „Die Skulptur bringt die vergessenen Geschichten des Imperiums ans Licht“, so der Künstler.

John Chilembwe gilt als einer der ersten Afrikaner, die im 20. Jahrhundert gegen koloniale Ungerechtigkeit kämpften; 1915 begann er in Malawi (früher Njassaland) einen Aufstand gegen die Briten. Obwohl dieser nur von kurzer Dauer war, hatten seine Aktionen auf dem ganzen Kontinent und darüber hinaus wider. Chilembwes Aufstand soll mehrere Persönlichkeiten der schwarzen Befreiung beeinflusst haben, darunter den jamaikanischen politischen Aktivist Marcus Garvey und John Langalibalele Dube, den Gründungspräsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Südafrika.

Chilembwe wurde Anfang der 1870er Jahre geboren und wuchs im Bezirk Chiradzulu im Süden Malawis auf. Er war eines von vier Kindern, sein Vater stammte aus dem Volk der Yao und seine Mutter aus der Mang'anja-Gemeinschaft. John Chilembwe wuchs in Chiradzulu auf und wurde stark von schottischen Missionaren beeinflusst, die auf den Spuren des Entdeckers David Livingstone nach Malawi gingen. Hier traf Chilembwe



Enthüllung des Denkmals im September 2022

zum ersten Mal auf einen radikalen Missionar, Joseph Booth, dessen berühmtes Diktum „Afrika für Afrikaner“ lautete. Chilembwe wurde einer von Booths frühen Schülern, reiste schließlich mit ihm in die USA, wo er in Virginia Theologie studierte. Während seiner Zeit in den USA erlebte Chilembwe die Diskriminierung der Afro-Amerikaner. Diese Erfahrungen dürften ihn radikalisiert und nach seiner Rückkehr nach Njassaland als baptistischer Geistlicher zu einem gewaltsamen Aufstand bewegen haben.

Rund 19.000 Afrikaner aus Njassaland dienten im Krieg als Soldaten (Askaris), weitere 200.000 wurden als Träger (*Tenga-tenga*) zwangsrekrutiert. Die Strapazen und der Tod von tausenden Afrikanern in einem europäischen Krieg bzw. die Weigerung der Regierung, sich um die Versorgung der Kriegshinterbliebenen zu kümmern, ließen nicht nur eine Ablehnung des

Chilembwes Aufstand

Krieges und der britischen Kolonialverwaltung entstehen, sondern führten zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Anfänge eines ersten Nationalbewußtseins in sich trug. In dieser Situation trat John Chilembwe auf den Plan. Nach seiner Rückkehr aus den USA hatte er Kirchen und Schulen im Rahmen der von ihm geleiteten *Providence Industrial Mission* gegründet. Sein ehrgeiziges Ziel galt der Bildung der afrikanischen Bevölkerung. Das stieß wiederum auf den Widerstand der europäischen Plantagenbesitzer, die keine gebildeten Arbeitskräfte wünschten, die möglicherweise nach Gleichberechtigung streben würden.

Mehrmals wurden Kirchen, die in den Augen der Europäer Orte des Aufruhrs waren, niedergebrannt. Um sich seinen Unmut von der Seele zu schreiben, schickte John Chilembwe wütende Briefe an die Verwaltung des Protektorats und an Zeitungen.

die Kolonialbehörden waren auf der Hut und luden John Chilembwe zu einem Gespräch in die Stadt Zomba. Chilembwe befürchtete seine Verhaftung und begann daher mit 200 Anhängern am 23. Jänner 1915 einen schlecht vorbereiteten Aufstand. Die ersten Überfälle richteten sich gegen Plantagen mit dem Ziel, Waffen und Munition zu erbeuten. Fünf Männer, darunter ein für seine Brutalität gefürchteter britischer Farmer, wurden getötet. Doch eine allgemeine Volkserhebung blieb aus. Mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten mit Sympathisanten in anderen Landesteilen und sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung ließen den Aufstand schon am 26. Jänner 1915 in sich zusammenbrechen. Chilembwe wurde von einer Polizeipatrouille auf der Flucht nach Portugiesisch-Ostafrika am 3. Februar 1915 erschossen. Weitere 40 Rebellen wurden hingerichtet und 300 kamen in Haft.

Weltkrieg in den Augen Afrikas

Obwohl der Aufstand selbst gescheitert war, bildete er doch einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Einerseits brachten Reformen der Kolonialverwaltung eine Verbesserung der sozialen Situation, andererseits war ein Wille zur Selbstbestimmung entstanden, der schließlich im Jahr 1964 in die Unabhängigkeit der Republik Malawi mündete. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und speziell die Person John Chilembwe sind bis heute wichtige Bestandteile des kollektiven Bewußtseins. So trägt die 2.000 Kwacha-Banknote in Malawi das Portrait Chilembwes, und der 15. Jänner gilt als Feiertag seinem Andenken.

... bücher ...

Oliver C. Ruppel – Katharina Ruppel-Schlichting, **Environmental Law and Policy in Namibia. Towards making Africa the Tree of Life** (Baden-Baden, Nomos, 4. Auflage, 2022). 839 S.

Mit diesem Buch legen Oliver Ruppel und seine Frau Katharina Ruppel-Schlichting ein Standardwerk zu Umweltrecht und Umweltpolitik in Namibia vor, eine erweiterte und upgedatete Fassung der drei zuvor in Namibia erschienenen Auflagen. Namibia, eines der trockensten Länder der Welt, ist vom Klimawandel stark betroffen, und allein deshalb ist die nunmehrige Veröffentlichung in Europa nur zu begrüßen.

Der in jeder Hinsicht gewichtige Sammelband ist in sechs Sektionen mit insgesamt 29 Kapiteln gegliedert. Er bietet eine weitgespannte, bis in Details gehende Übersicht über die naturräumlichen Grundlagen Namibias, die Struktur des namibischen Umweltrechts, Umweltmanagement und Schadstoffkontrolle, Biodiversität und Artenschutz, Wasser, Land- und Forstwirtschaft sowie Bergbau und Energie. Ein wichtiger Abschnitt widmet sich traditionellem ökologischen Wissen und seiner Behandlung im TRIPS-Regime der Welthandelsorganisation (Eliamani Laltaika, S. 643 ff.), ein abschließendes Kapitel geht auf die menschenrechtliche Dimension der Umweltpolitik ein.

Ausführlich werden weiters internationale wie afrikanische Einflüsse auf das namibische Umweltrecht dargestellt sowie – von Manfred Hinz – die einschlägigen Aspekte der traditionellen Rechtssysteme. Hinz be-

schließt seinen Aufsatz allerdings nicht ohne kritische Bemerkungen über die Unsicherheit modernen Rechtsdenkens, den holistischen Charakter traditionellen Weltverständnisses adäquat abzubilden. Dies führt de facto zu Unsicherheit in Kompetenzzuweisungen (*traditional authorities* versus *local authorities*?) und fehlender Überführung internationaler Aktionsprogramme (Agenda 21) in lokale Verantwortlichkeit (v. a. S. 639–642).

Ein in einem juristischen Grundlagenwerk wie diesem kaum explizit angesprochener, latent aber stets mitschwingender Aspekt ist das gegebene Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und ökonomischen Interessen. Oliver Ruppel hat diesbezüglich in seinem Vortrag im SADOCC-FORUM SÜDLICHES AFRIKA am 22. September vor allem auf zwei problematische Entwicklungen verwiesen.

Zum einen auf den derzeitigen Run auf „grünen Wasserstoff“ (33 Mio. Euro-Investition der BRD), der zwar nützlich für die europäische Energiewende sein könnte, in Namibia aber zahlreiche ungelöste ökologische sowie wasser- und bodenrechtliche Fragen aufwirft.

Zum anderen verwies Ruppel auf die Erdölexploration von *ReconNamibia* im Okavango-Gebiet (INDABA 115/22), die offensichtlich Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt und erhebliche ökologische Schädigungen verursacht, über welche die Politik aber hinwegsieht.

Potentiell stehen derartige Entwicklungen in Widerspruch zu Art. 95 (I) der namibischen Verfassung, der der Regierung die Verantwortung für die „*Erhaltung der Ökosysteme, der wesentlichen ökologischen Prozesse*

und der biologischen Vielfalt Namibias und die Nutzung der lebenden natürlichen Ressourcen auf nachhaltiger Basis zugunsten aller Namibier, sowohl gegenwärtig als auch zukünftig“ zuschreibt (S. 77).

Oliver Ruppel selbst sowie Elize Shakalela und Katharina Ruppel-Schlichting befassen sich in Sektion X (S. 663 ff.) mit institutionellen Möglichkeiten, derartige Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie aufzulösen – seien es Gerichte, ein zu errichtendes Umwelttribunal oder der bestehende Ombudsman. Bei der Beurteilung der praktischen Relevanz dieser Mechanismen kommen alle drei freilich zu einem zwar diplomatisch formulierten, aber ernüchternden Ergebnis: Daß sie in Zukunft beim Schutz der ökologischen Ressourcen Namibias und ihrer nachhaltigen Nutzung eine größere Rolle spielen würden als heute, sei zu hoffen.

Walter Sauer

Gerd Schumann: **Kaiserstraße. Der deutsche Kolonialismus und seine Geschichte** (Köln, Papyrossa, 2021, 239 Seiten).

Bis heute ist die Auseinandersetzung um Wiedergutmachungsleistungen durch die Bundesrepublik Deutschland an Namibia nicht abgeschlossen. Daran änderten auch die im Vorjahr beschlossenen Reparationszahlungen nichts.

Die Debatten gehen weiter. Den Grund dafür nennt Gerd Schumann gleich zu Beginn seiner kompakten Übersicht über die deutsche Kolonialgeschichte: „*Die koloniale Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen.*“ Das gilt für alle ehemaligen Kolonialmächte, aber „be-

sonders auch für den deutschen Kolonialismus, der häufig als ‚zu vernachlässigende Episode‘ verharmlost wird und hinter den Menschheitsverbrechen des Faschismus zu verschwinden scheint.“

Zudem endete die Geschichte des Kolonialismus weder mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg noch mit der Entkolonisierung der 1960er Jahre. Schumann verweist auf die globalen Verhältnisse, die er als neokolonial charakterisiert: *„Art und Weise der Herrschaftsausübung haben sich stark verändert, werden aber weiterhin von der Macht des Geldes geprägt. Kolonialismus unter Bedingungen der Globalisierung wirkt wie ein überdimensionaler Staubsauger, der die Reichtümer der Welt in die Taschen der großen Investoren und Geldfonds schafft.“*

Die zahlreichen Bezüge zu gegenwärtigen Verhältnissen zeichnen das vorliegende Buch aus. Gleichzeitig legt der Autor einen fundierten Überblick über die Geschichte des deutschen Kolonialismus vor. Dabei beschränkt er sich nicht auf die etwa dreieinhalb Jahrzehnte währende Phase der Besetzung überseeischer Gebiete in Afrika und im Pazifik durch das Deutsche Reich.

Schumann spannt den Bogen von den ersten Versuchen deutscher Händler, in Afrika und Lateinamerika kolonialistisch Fuß zu fassen. Die entscheidende Wende kam dann um 1880 unter Reichskanzler Bismarck. Hatte dieser koloniale Abenteuer zuvor abgelehnt, änderte sich die Politik des Deutschen Reichs nun grundlegend: *„Prämissen hatten sich verschoben, national wie international, die Politik stellte sich darauf ein – repressiv nach innen und eroberungslustig nach außen.“*

Nicht alle maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Akteure profitierten von der Kolonialpolitik. Letztlich aber wurden Kompromisse geschlossen. Der Staat sicherte ab diesem Zeitpunkt die Rahmenbedingungen für die kolonial aktiven Unternehmen, Gesellschaften und Banken. Ohne die Millionen für Verwaltungsstrukturen, Militär, Transportwesen und sonstige Infrastruktur, die vom deutschen Staat bis 1914 in die Kolonien gesteckt wurden, wären die privaten Kolonialreichtümer nicht zu erlangen gewesen. Aber auch die von den „Schutztruppen“ begangenen Verbrechen wären wohl nicht in dieser Dimension passiert.

In der Heimat flankierten Ideologen die Errichtung des deutschen Kolonialreichs. Schumann nennt politische Akteure, aber auch Bücher, Filme, Völkerschauen, die die kolonialistische Herrenmenschen-Ideologie nachhaltig in den Köpfen des deutschen Publikums verankerten. Das Ende kam mit dem Ersten Weltkrieg. Die Kolonien spielten nicht nur eine prominente Rolle bei den Kriegszielen der Beteiligten, sondern auch als Schauplätze von Kämpfen.

Dabei vermischten sich phasenweise die Auseinandersetzungen zwischen den Kolonialmächten mit jenen zwischen den Kolonisierten und ihren selbsternannten Herren. Denn Widerstand hatte es immer gegeben, wie Schumann in einem eigenen Kapitel schildert. Dessen Protagonisten wie Jacob Marengo oder Hendrik Witbooi werden in Afrika bis heute als Helden verehrt.

Simon Loidl

Walter Sauer, **Jenseits von Soliman. Afrikanische Migration und**

Communitybuilding in Österreich – eine Geschichte. Mit einem Beitrag von Vanessa Spanbauer (Wien, Studien-Verlag, 2022). 272 S.

Am 1. Dezember 2022 fand im Vortragssaal des Wiener Stadt- und Landesarchivs in Wien sowie im Online-Raum die Präsentation dieses 63. Bandes der Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte statt – ein Thema mit einem für Veranstaltungen des Vereines ungewohnt starken Gegenwartsbezug. In einem einleitenden Statement stellte Gemeinderätin Dr.ⁱⁿ Mireille Ngosso fest, die Geschichte Afrikas fände im österreichischen Schulunterricht kaum Beachtung und wenn, dann nur mit stereotypen Missverständnissen und falschen Bildern. Sie begrüßte deshalb die Initiative, den langen Bezug der afroösterreichischen Communities zu unserem Land historisch aufzuarbeiten.

Diese Communities haben spätestens mit den #Blacklivesmatter!



Online zugeschaltet:

Gemeinderätin Mireille Ngosso

Demonstrationen von 2020 ihre politischen Aktivitäten verstärkt und mehr Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Sie entstanden primär aus Studien- und Asylmigration und bilden heute eine lebendige, kulturell differenzierte und sozial heterogene Szene. Trotz Gleichheitsgebot in der Verfassung und erkämpften politischen Rechten sind

FRAUEN IN SÜDAFRIKA

Impressionen von Maria Kirchner



Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



FEST/SPIEL/HAUS/ ST/POELTEN/



30%
ERMÄSSIGUNG
KENNWORT
INDABA30*



21 JAN 2023

SERGE AIMÉ COULIBALY. FASO DANSE THÉÂTRE

Wakatt

* Buchbar im Kartenbüro St. Pölten unter 02742/ 90 80 80 600 oder per E-Mail an karten@festspielhaus.at
(Je nach Verfügbarkeit. Keine Barablöse oder Umtausch bereits gekaufter Karten möglich. Nicht mit weiteren Ermäßigungen kombinierbar.)

© Sophie Garcia

VOM KULTURBEZIRK BIS ZUR INNENSTADT WWW.FREUNDEDERKULTUR-STP.AT



KULTUR
NIEDERÖSTERREICH